

Rückmeldungen zum Beschluss des Diözesanrates vom 15.11.2014 zum Thema „Flüchtlingsschutz und Willkommenskultur“ (Stand 17.04.2015):

Schriftliche Rückmeldungen von der Ebene der Bundesländer

- von **Senator Czaja** (Senatsverwaltung Gesundheit und Soziales), **Land Berlin**, am 19.12.2014

Herr Senator Czaja würdigt die Beschlussfassung des Diözesanrates als „wertvollen Beitrag zur aktuellen gesellschaftlichen Diskussion, wie die Bundesrepublik Deutschland ungeachtet der erheblich gestiegenen Zuzugszahlen allen um Schutz nachsuchenden Personen eine menschenwürdige und an den Bedürfnissen ausgerichtete Aufnahme gewährleisten kann“.

Darüber hinaus geht er vor allem auf die unter Punkt 7 des Beschlusses angesprochene Situation in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) in der Motardstraße 101A in Berlin-Spandau ein. Er hält eine zeitnahe Aufgabe dieses Standortes für sinnvoll, sofern eine alternative Unterkunft bereitgestellt werden kann, und will das Anliegen mit hoher Priorität verfolgen, wenngleich er zurzeit noch keine Lösung zusagen kann.

Er weist darauf hin, dass künftig in noch stärkerem Umfang als bisher der Bestand landeseigener Immobilien auf ihre Eignung für die Unterbringung von Asylbegehrenden und Flüchtlingen geprüft werden soll und man sich um die Überlassung bundeseigener Liegenschaften bemühen will, um einen angemessenen Kapazitätsausbau zu gewährleisten. Bei der Auswahl der Standorte wird eine gleichmäßige Verteilung über das gesamte Stadtgebiet angestrebt. Dabei werden „Standorte bevorzugt, welche gut mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sind, eine ortsnahe Beschulung der Flüchtlingskinder ermöglichen und in der Nachbarschaft über ausreichende Einkaufsmöglichkeiten für die Güter des täglichen Bedarfs verfügen“.

Herr Senator Czaja betont, dass er der „Förderung eines konfliktfreien und von gegenseitigem Verständnis geprägten Zusammenlebens zwischen Flüchtlingen und Anwohnerschaft“ einen „hohen Stellenwert“ beimisst. So wird vom Senat die Arbeit der Stadtteilzentren in besonderem Maße finanziell gefördert.

- von **Staatssekretärin Loth** (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen), **Land Berlin**, am 21.01.2015 – **im Auftrag von Senatorin Kolat**

Die Senatorin unterstützt die Forderung nach einer Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Sie begrüßt zugleich die vorgesehene Verbesserung der Möglichkeiten eines Aufenthaltsrechts für gut integrierte jugendliche und heranwachsende Migrantinnen und Migranten.

Senatorin Kolat bedauert, dass sich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport (zuständig für die Rückführung ausreisepflichtiger Personen) bisher nicht der im Beschluss des Diözesanrats angesprochenen Regelung des Landes Brandenburg anschließen konnte. Gleichwohl stehe die Senatorin „in einem fortlaufenden Dialog mit Senator Henkel, um Möglichkeiten zur Verhinderung der Abschiebung von langjährig geduldeten Menschen aufzuzeigen“. Ebenso stehe sie in einem regelmäßigen Austausch mit Senator Czaja bezüglich der Situation in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Berlin-Spandau.

Die frühzeitige Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt ist ihr ein besonderes Anliegen. Daher finanziere ihre Verwaltung umfänglich Sprachkurse für diejenigen, die keinen Zugang zu Integrationskursen haben, also insbesondere für Asylsuchende und Geduldete. Dieses Sprachangebot soll weiter ausgebaut werden.

Weiterhin werden Projekte genannt, die der Integration dienen: Einsatz von Integrationslotsinnen und -lotsen, Vermittlung von Flüchtlingen in Betriebspraktika. Der Verbesserung der Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten gilt ihr Engagement.

Nachdrücklich unterstützt die Senatorin den Appell des Diözesanrats, Bedenken und Ressentiments in der Umgebung von Flüchtlingsunterkünften frühzeitig entgegenzutreten. So werden verschiedene diesbezügliche Programme von ihr gefördert, die von ihr im Einzelnen genannt werden.

- von **Ministerin Golze** (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie), **Land Brandenburg**, am 23.12.2014

Frau Ministerin Golze würdigt den Beschluss des Diözesanrates als Einsatz „für eine Verbesserung der Situation von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland“ und „gegen eine Abschottung von Europas Grenzen gegenüber den Flüchtlingen aus den übrigen Erdteilen“. Sie erklärt, dass sie viele der vom Diözesanrat vertretenen Positionen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik teilt. So trete das Land Brandenburg z. B. seit Jahren für eine „großzügigere Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Personen“ und seit 2012 für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein.

Die Ministerin sagt zu, sich für konkrete Verbesserungen im Sozialleistungsrecht für Asylsuchende und Flüchtlinge einzusetzen. Dies gelte insbesondere „für den möglichst schnellen Übergang in die Regelsysteme SGB II und XII bei gleichzeitiger Eröffnung des uneingeschränkten Arbeitsmarktzugangs sowie für eine Einbeziehung des betroffenen Personenkreises in die gesetzliche Krankenversicherung“.

Was die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlinge angeht, will sie dafür sorgen, dass eine Unterbringung in Gewerbegebieten nur im absoluten Ausnahmefall und nur übergangsweise erfolgt. In der Regel sollten am gewählten Standort Begegnungen zwischen den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung möglich sein.

Ausdrücklich bedankt sie sich „für das große Engagement der vielen Kirchengemeinden im Land Brandenburg, die einen wesentlichen Anteil daran haben, dass sich an vielen Standorten von Flüchtlingsunterkünften eine Willkommenskultur entwickelt hat und wichtige Schritte zur Integration der aufgenommenen Menschen unternommen werden“.

Schriftliche Rückmeldungen von Integrationsbeauftragten verschiedener Berliner Bezirke, der Stadt Potsdam und des Landkreises Märkisch-Oderland

- von **Herrn Winkelhöfer, Integrationsbeauftragter Bezirksamt Mitte** von Berlin, am 24.11.2014

Herr Winkelhöfer teilt den Beschluss des Diözesanrats in den wesentlichen Punkten. Er zeigt sich erfreut über die breite Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement im Bezirk. Er sieht es als seine Aufgabe an, integrative Rahmenbedingungen von Anfang an mitzudenken. Neben Fragen zu Angeboten im Bildungs- und Gesundheitsbereich gehören dazu aus seiner Sicht vor allem eine menschenwürdige Unterbringung und eine Partizipation der Flüchtlinge.

- von **Frau Olhagaray, Integrationsbeauftragte Bezirksamt Lichtenberg** von Berlin, am 24. und 28.11.2014

Frau Olhagaray weist darauf hin, dass ihr Bezirk in Berlin bisher die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, und versichert, „dass ihre Kolleginnen und Kollegen die neuen Lichtenbergerinnen und Lichtenberger als selbstverständlichen Teil unseres Gemeinwesens betrachten und behandeln“. Daneben lobt sie das Engagement der katholischen Kirchengemeinde in Falkenberg.

- von **Herrn Postler, Integrationsbeauftragter Bezirksamt Treptow-Köpenick** von Berlin, am 08.01.2015

Herr Postler hält die Initiative des Diözesanrats für wichtig und begrüßenswert. Bei den Punkten 1-6 des Beschlusses hat der Bezirk keinen direkten Einfluss, versucht aber, über verschiedene Gremien die nächsthöhere Ebene für diese Themen zu sensibilisieren bzw. Anstöße zu geben. Bezüglich der Punkte 7-8 ist eine konkrete Unterstützung möglich und erfolgt bereits. Im Vorfeld der Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften sind etliche Informationsveranstaltungen durchgeführt worden, um Ressentiments frühzeitig entgegenzutreten. Herr Postler lobt die gute Zusammenarbeit mit der katholischen Kirchengemeinde Köpenick sowie zwei evangelischen Kirchengemeinden.

- von **Herrn Seyfarth, Integrationsbeauftragter Landkreis Märkisch-Oderland**, am 10.12.2014

Herr Seyfarth informiert darüber, dass der Landkreis die bisher erfolgreiche Strategie verfolgt, „Flüchtlingsunterkünfte in Orten anzusiedeln, die über eine ausreichende Infrastruktur im ÖPNV verfügen und in denen Ärzte, KITAs, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten zur Verfügung stehen“. In Bürgerversammlungen wurden Fragen der Bürgerinnen und Bürger in einem offenen Dialog diskutiert. Dabei sei es gelungen, Willkommenskreise zu initiieren, die Flüchtlinge begleiten. Weiterhin wurden Runde Tische eingerichtet. „Im medizinischen Bereich konnten so gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten vor Ort schon Erfolge bei dem teilweise mühsamen Prozess der Abrechnung der Kosten der medizinischen Versorgung erreicht werden.“

- von **Frau Grasnick, Beauftragte für Migration und Integration Potsdam**, am 12.12.2014

Frau Grasnick erläutert die Planungen für etwa 10 neue Asylunterkünfte, die sich wohl nicht alle in optimaler Lage befinden, aber eine menschenwürdige Unterbringung bieten werden. Entscheidend sei, dass die Potsdamerinnen und Potsdamer die ankommenden Menschen herzlich empfangen und begleiten. Tenor des erarbeiteten Integrationskonzeptes ist: „Asylsuchende und Flüchtlinge gehören zur Stadtgesellschaft!“ Sie nennt verschiedene Beispiele aus der Stadtpolitik für die Unterstützung des Integrationsprozesses der Asylsuchenden (Kostenübernahme für Deutschkurse, Budget für Übersetzungskosten für Eltern/Schulen, Kita-Platz-Recht für Kinder von Asylsuchenden, Förderung städtischer Initiativen im Bereich „Integration und Nachbarschaft“).

Darüber hinaus gab es aufgrund des Beschlusses **drei Einladungen zu Gesprächen:**

- von **Herrn Cakmakoglu, Integrationsbeauftragter Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf** von Berlin, zum Treffen der Gruppe „Interreligiöser Dialog Charlottenburg-Wilmersdorf“ (Frau Prof. Dr. Treber nahm für den Diözesanrat am Treffen am 12.01.2015 teil.)
- von **Herrn Rabitsch, Integrationsbeauftragter Bezirksamt Reinickendorf** von Berlin, zum Gespräch im Flüchtlingsheim auf dem Gelände der ehem. Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik: Hier befindet sich derzeit die größte Flüchtlingsunterkunft Berlins (mit 600 Personen belegt). Sein Wunsch an die Kirchengemeinden ist es, Informationen weiterzugeben und zur Sensibilisierung für das Thema Flüchtlinge beizutragen. (Frau Eichert, Herr Ditz, Herr Klose und Herr Nitz trafen sich dort mit ihm am 16.12.2014.)
- von **Frau Sendes und Frau Pfarrerin von Bremen vom Berliner Forum der Religionen** zu einem Gespräch in der Arbeitsgruppe „Gemeinsames Thema“ (Schwester Dagmar Plum MMS nahm als Mitglied des Sachausschusses „Migration und Integration“ des Diözesanrats an einem Treffen am 03.03.2015 teil.)

Von der Bundesebene haben wir bisher noch keine Rückmeldung erhalten. Staatsministerin Özoğuz war von uns in dieser Sache angeschrieben und gebeten worden, den Beschluss an alle zu beteiligenden Stellen weiterzuleiten.